

**Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft,
Natur- und Verbraucherschutz
des Landes Nordrhein-Westfalen
Die Ministerin**



Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW - 40190 Düsseldorf

Präsidenten des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Herrn André Kuper MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
17. WAHLPERIODE

VORLAGE
17/5728

A17

Ursula Heinen-Esser

20. September 2021

Seite 1 von 1

Aktenzeichen II-2
bei Antwort bitte angeben

Bearbeitung Herr Hartung
Joachim.hartung@mulnv.nrw.de
Telefon 0211 4566-258
Telefax 0211 4566-388
poststelle@mulnv.nrw.de

Preiskrise am Schweinemarkt und verfolgte Lösungsansätze
Sitzung des AULNV am 22. September 2021

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

hiermit übersende ich Ihnen einen Bericht zur Preiskrise am Schweine-
markt mit der Bitte um Weiterleitung an die Mitglieder des Ausschusses
für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz.

In dem Bericht werden die Hintergründe zur aktuellen Krise am Schwei-
nemarkt sowie verfolgte Lösungsansätze dargestellt.

Mit freundlichen Grüßen

Ursula Heinen-Esser

Dienstgebäude und
Lieferanschrift:
Emilie-Preyer-Platz 1
40479 Düsseldorf
Telefon 0211 4566-0
Telefax 0211 4566-388
poststelle@mulnv.nrw.de
www.umwelt.nrw.de

Öffentliche Verkehrsmittel:
Rheinbahn Linien U78 und U79
oder Buslinie 722 (Messe)
Haltestelle Nordstraße



**Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft,
Natur- und Verbraucherschutz
des Landes Nordrhein-Westfalen**

Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und
Verbraucherschutz des Landtags Nordrhein-Westfalen
am 22. September 2021

Schriftlicher Bericht

**Hintergründe zur Preiskrise am Schweinemarkt und verfolgte
Lösungsansätze**

Zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz am 22. September 2021 wurde ein Bericht zu folgenden Fragen beantragt:

1. Auf Bundesebene werden Wege aus der Absatzkrise auf dem Schweinemarkt gesucht. Wie bewertet die Landesregierung die unterschiedlichen Lösungsvorschläge und welche Initiative will Nordrhein-Westfalen – z.B. über den Bundesrat - voranbringen?
2. Hat die Landesregierung in den vergangenen Wochen Gespräche mit der Schlachtbranche und dem Lebensmitteleinzelhandel zur Preiskrise am Schweinemarkt geführt, und wenn ja, welche Ergebnisse gab es und welche Vereinbarungen sind dabei getroffen worden?
3. Wieder einmal trifft es die Ferkelerzeuger besonders hart. Unterstützt die Landesregierung zur Stabilisierung der inländischen Sauenhaltung eine klare Herkunftskennzeichnung von Ferkeln („Geboren in:“), und wenn ja, wie?

Die Landesregierung sieht die aktuell sehr angespannte Lage auf dem Schweinemarkt mit großer Sorge. Sie zeigt, dass die dem Ausschuss bekannten und bereits eingeleiteten Maßnahmen zum nachhaltigen Umbau der Tierhaltung richtig und notwendig sind. Der Bericht nimmt Bezug auf die gestellten Fragen und stellt die Hintergründe sowie die Möglichkeiten und Grenzen von Maßnahmen zu Krisenbewältigung dar. Insofern soll er einer Vorbereitung auf die im Ausschuss zu führende Aussprache dienen.

In der Branche der Schweinehaltung und Fleischverarbeitung sind Preisschwankungen kennzeichnende Eigenschaften des Marktes. Noch vor der Corona-Pandemie konnten sehr hohe Preise für Schlachtschweine und Ferkel erzielt werden. Aktuell sind die Preise jedoch so weit gesunken, dass eine wirtschaftliche Schweinehaltung nicht möglich ist. Gleichzeitig dauert die Phase der niedrigen Preise bei steigenden Kosten nunmehr so lange an, dass auf den Betrieben die Reserven aufgebraucht sind. Marktexperten sehen aktuell keine Anzeichen für eine schnelle Entspannung der Lage. Hinzu kommt, dass zur Einhaltung neuer rechtlicher Anforderungen zum Tier- und Umweltschutz sowie gestiegener gesellschaftlicher Erwartungen an die Nutztierhaltung Investitionen getätigt werden müssen.

Die aktuell sehr schwierige Lage unterscheidet sich daher von den typischen Verläufen des Schweinemarktes. Die Gründe liegen in den weitreichenden Folgen von Maßnahmen

gegen die Ausbreitung des Corona-Virus. In diesem Zusammenhang ist es zu einem Stau von Schlachtschweinen gekommen, die Arbeitsstandards in den Schlachtbetrieben wurden deutlich verbessert und der Verbrauch von Fleisch ist durch Störungen auf wichtigen Absatzwegen wie z.B. der Gastronomie deutlich zurückgegangen. Mit dem Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest in Brandenburg wurde zudem der Export als wichtiger Verwertungsweg teils vollkommen abgeschnitten. In der Folge und als Summe der genannten Faktoren ist der Markt daher aktuell trotz rückläufiger Tierzahlen von einem Überangebot von Schweinefleisch mit hohen Lagerbeständen sowie höheren Kosten in der Haltung und Verarbeitung von Schweinen geprägt.

Bei der Suche nach Lösungswegen zeigt sich, dass lang- und kurzfristig wirkende Maßnahmen notwendig sind und aufeinander abgestimmt verfolgt werden müssen.

Zu den notwendigen lang- bis mittelfristig wirkenden Maßnahmen zählen auf Bundesebene die Ergebnisse der Zukunftskommission beim Bundeskanzleramt sowie die Beschlüsse des Kompetenznetzwerks Nutztierhaltung beim BMEL, der „Borchert-Kommission“, die von der Landesregierung ausdrücklich unterstützt werden. Die Vorschläge sind dazu geeignet, einen strukturellen Umbau der Schweinehaltung voranzubringen. Durch die Mitarbeit von NRW in der Borchert-Kommission und eigene Initiativen wie z. B. der Nutztierstrategie, dem Stall der Zukunft oder den zuletzt durchgeführten Praxistest zu „Tierwohlställen“ unterstützt die Landesregierung die Lösungsansätze auf Bundesebene.

Ein Schwerpunkt der Arbeiten in NRW lag auf der neuen TA Luft, die für jedwede Stallumbauten große Bedeutung hat. Im Kontext zum dazu durchgeführten Praxistest soll nun ergänzend von NRW ein Tierwohl-Artikelgesetz für die Einbringung in den Bundesrat erarbeitet werden. Mit diesem Vorhaben sollen alle einschlägigen Fachgesetze dahingehend durchforstet werden, wo noch rechtliche "Stellschrauben" zu bearbeiten sind, um eine flächendeckende Umstellung auf Tierwohlställe zu erleichtern. Insofern ergänzen sich beide Vorhaben zu einem in sich schlüssigen „Gesamtpaket Nutztierstrategie“, bestehend aus einem rechtlichen Teil (Tierwohl-Artikelgesetz) einerseits und dem Praxistest zu Tierwohlställen mit seinen vollzugsrelevanten/administrativen Aspekten andererseits. Mit diesem Tierwohl-Artikelgesetz möchte die Landesregierung zudem einen weiteren Beitrag leisten, dass die guten Ideen der „Borchert-Kommission“ auch konkret umgesetzt werden.

Ausdrücklich unterstützt wird auch die Anregung der Agrarministerkonferenz, eine unternehmensübergreifende Marketinggesellschaft auf der Basis eines solidarischen privatwirtschaftlichen Zusammenschlusses der Vertreter der Fleischwirtschaft, des Lebensmitteleinzelhandels und der Landwirtschaft zu gründen. Der Bund hat aktuell eine Machbarkeitsstudie beauftragt.

Grundsätzliches Ziel der Maßnahmen ist es, die Branche in die Lage zu versetzen, auch weiterhin wirtschaftlich zu arbeiten und dabei in Tierwohl und Umweltschutz investieren zu können. Daher ist es auch notwendig, die Bewältigung der für die Betriebe bedrohenden aktuellen Marktlage zu unterstützen. Hierzu steht die Landesregierung mit der Branche im Austausch und sucht die notwendige länderübergreifende Zusammenarbeit. Aktuell haben BMEL, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen am 15.09.2021 auf dem Schweinegipfel in Bonn Gespräche mit der gesamten Branche geführt. Hier lag der Fokus darauf zu identifizieren, durch wen welche Maßnahmen in der aktuellen Marktsituation zielführend sind und verfolgt werden sollen. Verabredet und von Seite der Politik zugesagt wurde:

- Die Corona-Überbrückungshilfen können von betroffenen Betrieben verlängert bis zum Ende dieses Jahres genutzt werden.
- Den Betrieben sollen durch steuerliche Erleichterungen wie Stundungen oder Verschiebung von Steuervorauszahlungen ermöglicht werden. Das MULNV wird das FM um die Berücksichtigung dieser erheblichen Härte für Schweinerzeuger bitten.
- Der Bund setzt sich gegenüber der Europäischen Kommission dafür ein, kurzfristige Krisenmaßnahme zu prüfen. Ziel ist es, den Beihilfemaximalbetrag im Rahmen der De-minimis-Regelung von derzeit 20.000 EUR pro Betrieb und drei Jahren deutlich anzuheben.
- Der Bund arbeitet weiter intensiv an der Öffnung von Exportmärkten. Dazu gehört auch die konsequente weitere Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest mit wirkungsvollen Maßnahmen und überzeugenden Konzepten, z.B. der Regionalisierung.

Von den Wirtschaftsbeteiligten sollen folgende Punkte verfolgt werden:

- Es sollen verstärkt Kommunikationsmaßnahmen mit Herkunftsbezug zur Information der Verbraucherinnen und Verbraucher für Schweinefleisch und –produkte erfolgen. Ein Verkauf im Niedrigpreissegment soll allerdings verhindert werden. Hier soll u.a. die Möglichkeit der Kennzeichnung von der Geburt bis zum Laden aus Deutschland genutzt werden.
- Die Bildung einer Branchenorganisation Schwein, die eine Sektorstrategie zur Bewältigung der anstehenden Herausforderungen aufstellen soll und gemeinsam abgestimmte Ziele verfolgt.
- Um die Folgen des Ausbruchs der Afrikanischen Schweinepest besser zu bewältigen, ist die Schlachtbranche aufgefordert, ein Krisenkonzept zu erarbeiten, dass auch eine gemeinschaftliche Verarbeitung und Vermarktung von Schweinen aus Restriktionsgebieten vorsieht.

Von der Politik und einer deutlichen Mehrheit der Wirtschaftsbeteiligten abgelehnt wird die Forderung nach Prämien für Betriebe, die aus der Schweineproduktion aussteigen.

Über den Schweinegipfel hinaus, führt die Landesregierung weitere Gespräche mit Verbänden und Landwirten, die teils in den Gremien von Verarbeitern vertreten sind. Terminiert sind bereits zwei Gesprächsrunden in der nächsten Woche, in der die aktuell schlechte Lage der Tierhalter und Lösungsmaßnahmen thematisiert werden. Im Rahmen eines solchen Austauschs liegt auch ein Schwerpunkt darauf, die von NRW verfolgten und hier umsetzbaren Maßnahmen zu thematisieren und abzustimmen. Beispiele sind Verbesserungen bei der fairen Preisbildung in der Lebensmittelkette, die Umsetzung der Richtlinie über unlautere Handelspraktiken in den Geschäftsbeziehungen zwischen Unternehmen in der Agrar- und Lebensmittelversorgungskette (UTP-Richtlinie) oder Maßnahmen zur Stärkung regionaler Wertschöpfung.

Mit Letzteren wird im Rahmen der Möglichkeiten des Landes auch die Nutzung heimischer Ferkel unterstützt. Sie gehört im Rahmen des nachhaltigen Umbaus der Schweinehaltung und Erhalt der hiesigen Sauenbetriebe unbedingt dazu. Es ist daher sehr zu begrüßen, dass die Wirtschaft die Möglichkeit der Kennzeichnung „von der Geburt bis zum Laden aus Deutschland“ nutzen kann und im Rahmen des letzten Schweinegipfels in das „Umsetzungspaket“ der Wirtschaft aufgenommen wurde. Grundlage ist die EU-

Lebensmittel-Informationsverordnung, nach der eine Herkunftsabgabe u.a. bei Schweinefleisch verpflichtend ist. Gekennzeichnet werden muss das Aufzuchtland und das Schlachtland. Wenn die Geburt, Aufzucht und Schlachtung nur in einem Land z.B. Deutschland erfolgt ist, darf auch die Angabe „Ursprung Deutschland“ verwendet werden.